

Ratekau

Ratekauer fordern Stopp des Raumordnungsverfahrens

Die Gemeinde spricht in ihrer Stellungnahme von Fehlern und Mängeln.

18.03.2013 21:10 Uhr



Die 16 dicken Aktenordner zum ROV hatten auch die Mitarbeiter der Bahn zur Ratekauer Info-Veranstaltung mitgebracht. © cd

Von **Christina Düvell-Veen**

Ratekau. Ratekaus Bürgermeister Thomas Keller (parteilos) ist zufrieden. Über 350 Bürger und Bürgerinnen aus der Gemeinde haben ihre Stellungnahmen zur Bahnanbindung für die feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ) im Rathaus abgegeben. „Das Thema ist bei den Menschen angekommen“, stellt er fest und vermutet, dass sich noch viele Menschen direkt mit der Staatskanzlei in Verbindung gesetzt und ihren Unmut gleich online geäußert haben.

Zunächst einmal 35 Seiten umfasst die Stellungnahme der Gemeinde Ratekau zur FFBQ. Sie wurde gestern den Fraktionen in der Gemeindevertretung zugeschickt. Zusammengefasst sind dort alle Einwände und persönlichen Betroffenheiten zum Ausbau der Bahnstrecke Lübeck-Puttgarden für den Güterverkehr. Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens (ROV), für das es 16 prall gefüllte Ordner gab, haben sich drei zentrale Kritikpunkte der Gemeinde ergeben.



Jetzt das neue LN-Online abonnieren

[\(/paidinfo\)](#)

Verlangt wird zum einen „ein Stopp des ROV wegen Unvollständigkeit und gravierender Mängel in den Antragsunterlagen“. Zudem wird eine Raumunverträglichkeit aller Trassenvarianten, inklusive des Ausbaus der Bestandstrasse, erkannt, und schließlich wurden Fehler in den Antragsunterlagen entdeckt. Ein Vergleich der verschiedenen Trassenvarianten und ihre Auswirkungen, beispielsweise auf den Menschen, die Natur oder den Tourismus, sei nicht machbar, da es unter anderem gravierende Mängel bei der Auswahl der Probeflächen, der Anzahl und bei der Terminwahl der Begehungen gegeben habe.

Auf allein 25 Seiten dargelegt werden Argumente, warum aus Sicht der Gemeinde Ratekau alle Trassenvarianten raumunverträglich sind. Den Mitarbeitern in der Staatskanzlei wird mitgeteilt, dass sich „die Entwicklung der Gemeinde Ratekau seit einigen Jahren nicht am herkömmlichen Wachstumsstreben“ orientiert. Vielmehr werde eine „übermäßige Ausweisung neuer Baugebiete wegen der nur kurz wirkenden positiven Effekte für nicht geeignet gehalten, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen“.

Detailliert aufgezeichnet wird alles das, was in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht wurde — angefangen bei den Kinderbetreuungsangeboten bis hin zum Breitbandausbau und der Ausstattung aller acht Feuerwehren. Mit der Schienenhinterlandanbindung zur festen Fehmarnbeltquerung werde diese Entwicklung konterkariert, wenn nicht gar zunichte gemacht. „Lärm, Erschütterungen und Luftschadstoffe sowie die Zerschneidung von ortsnahen Erholungsflächen machen ein Wohnen und eine Erholung in der gesamten Gemeinde Ratekau unattraktiv“, heißt es in der Stellungnahme. Das gelte in besonderem Maße auch bei der Verlegung der Trasse an die Autobahn, da dann autobahnahe Ortschaften, die heute schon einer erheblichen und bisweilen unzumutbaren Lärmbelastung ausgesetzt seien, noch mehr belastet würden.

Auch in der Gemeinde Ratekau spiele der Tourismus eine Rolle. In dem anerkannten Erholungsort gab es in den Jahren von 2009 bis 2012 zwischen 52 000 und 84 000 Übernachtungen.

Zu den Fehlern in Texten und Karten führen die Ratekauer eine lange Liste auf. So gebe es in den Unterlagen weder Naturwald noch Ökokontofflächen, Farbdruckfehler tauchten auf, und Ortslagen seien nicht berücksichtigt. Außerdem seien auf Karten zum Gesamtlärm im Verlauf der A 1 Lärmschutzwände eingezeichnet, die es dort in Wirklichkeit nicht gebe. Im Bereich Tiere und Pflanzen würden wichtige Fakten überhaupt nicht berücksichtigt.

Einwohner der Gemeinde Ratekau haben noch bis zum 25. März Gelegenheit, im Rathaus ihre Stellungnahmen zum ROV abzugeben.

„Das Thema ist bei den

Menschen angekommen.“

Bürgermeister Thomas Keller (parteilos)

Christina Düvell-Veen

 [\(/facebook-info\)](#)

 [Twittern](#) 0

[Empfehlen](#) 1